

16 days of activism against gender violence 2013

DR KONGO

Übersetzung von Tobias Meyer der DR Kongo-Koordinationsgruppe

Hintergrund

Menschenrechtsaktivistinnen haben in der Demokratischen Republik Kongo, vor allem in den östlichen Provinzen, in denen die Zivilbevölkerung seit fast zwei Jahrzehnten unter bewaffneten Konflikten leidet, unter widrigsten Umständen auf bemerkenswerte Weise Opfer von Menschenrechtsverletzungen unterstützt. Diese Arbeit führt dazu, dass sie sowohl Bedrohungen aufgrund ihrer Arbeit als VerteidigerInnen der Menschenrechte als auch Bedrohungen aufgrund ihres Geschlechts ausgesetzt sind.

In der D.R. Kongo ist die Situation für alle Personen ausgesprochen unsicher, die öffentlich Menschenrechtsverletzungen verurteilen oder Kritik an Regierungsbeamten und Sicherheitskräften äußern. Das Anprangern von Menschenrechtsverletzungen, die von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren begangen wurden, und Hilfestellung für deren Opfer in einer von Kämpfen geprägten Provinz wie Nord-Kivu macht Aktivist_Innen zu einem Ziel für Einschüchterungen, Morddrohungen, nächtlicher Besuche bewaffneter Personen, Inhaftierung und Verschwinden. Indem sie die Stimme gegen Beamte und bewaffnete Gruppen erheben, fordern Menschenrechtsverteidigerinnen zudem kulturelle Normen heraus, die Frauen traditionell davon abhalten, sich öffentlich gegenüber politischen und militärischen Autoritäten zu äußern.

Frauen, die Missstände anprangern, bedrohen den Status Quo somit auf zwei verschiedene Arten.

Die verschärften Kampfhandlungen und der Militarismus in Nord-Kivu, besonders seit Mitte 2012 durch die Entstehung der bewaffneten Gruppe bekannt als M23 und durch andere bewaffnete Gruppen unterschiedlicher Form haben die Schwierigkeiten noch erheblich verstärkt, mit denen diese Aktivistinnen konfrontiert sind. Als Folge der Kampfhandlungen ist die Zivilbevölkerung anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts, extralegalen Tötungen, Vergewaltigungen und sexueller Gewalt und willkürlichen Verhaftungen bis hin zu wahllosen Angriffen, Einschüchterungen und Plünderungen ausgesetzt.

Menschenrechtsaktivistinnen arbeiten in Gebieten, die von bewaffneten Gruppen kontrolliert oder beeinträchtigt werden, und bieten den Opfern von Menschenrechtsverletzungen Unterstützung an, die in öffentlichen Stellen keine Zuflucht finden können, da zuverlässige und effektive Polizeikräfte und Rechtssysteme fehlen, um dort Unterstützung dabei zu finden, die Verantwortlichen für Misshandlungen zur Rechenschaft zu ziehen.

Opfer suchen oft nichtstaatliche Menschenrechtsorganisationen auf, um Übergriffe anzuklagen und psycho-soziale, medizinische und juristische Hilfe zu finden. Die Abwesenheit einer funktionierenden Staatsgewalt und öffentlicher Dienstleistungen, sowie die große Verbreitung von Vergewaltigungen und sexueller Gewalt durch bewaffnete Gruppen und Teile der Armee erzeugen ein Klima der Unsicherheit bei den Frauen im Allgemeinen und besonders ein Klima der Angst unter den Frauen, die Fälle von sexueller Gewalt öffentlich anprangern.

Eine Menschenrechtsverteidigerin in Bweremana in Nord-Kivu berichtete, dass Mitglieder der kongolesischen Armee im frühen März 2013 ihr Büro aufsuchten und drohten, sie zu töten, wenn sie weiterhin Fälle von Vergewaltigung und sexueller Gewalt durch Teile der Armee anklagen würde. Doch aufgrund der Zunahme der Übergriffe auf die Zivilbevölkerung durch die Kämpfe zwischen der nationalen Armee und bewaffneten Gruppen ist die Rolle von Menschenrechtsorganisationen für bedrohte Orte noch wertvoller geworden. Auch wurden Menschenrechtsaktivistinnen selbst Vergewaltigungen und sexueller Gewalt angedroht, wenn sie weiter Überlebende sexueller Gewalt unterstützen und die Übergriffe anklagen.

Diese Bedrohungslage wird durch bestimmte gesellschaftlichen Faktoren weiter verschlimmert, mit denen Frauen dort in der Menschenrechtsarbeit konfrontiert sind. Menschenrechtsaktivistinnen haben im östlichen Kongo im Allgemeinen keine ausreichenden Netzwerke, haben mangelhaften Zugang zu Bildung und Methodenausbildung und müssen sich kulturellen Normen entgegenstellen, die das Handeln von Frauen traditionell auf nicht-politische Bereiche beschränken und sie fast in

16 days of activism against gender violence 2013

allen Bereichen einer vergleichbaren Sichtbarkeit mit ihren männlichen Kollegen beraubt.

Angemessene Schutzmechanismen und ein günstiges Umfeld für Menschenrechtsaktivistinnen, unterstützt durch zuverlässige Polizei und Justiz, sind noch ein langer Weg für die Aktivistinnen. Die Sichtbarkeit der Menschenrechtsverteidigerinnen hat sich in der letzten Zeit verbessert, aber sie erhalten noch keine ausreichende Anerkennung und Unterstützung.

Beim Treffen der UN-Generalversammlung im September 2013 unterstützten 133 Staaten die Verpflichtungserklärung zur Beendigung von sexueller Gewalt in Konflikten. Die Deklaration enthält ein Bekenntnis zur "Förderung, Unterstützung und dem Schutz der Bemühungen von Organisationen der Zivilgesellschaft, einschließlich Frauenrechtsgruppen und Menschenrechtsverteidigern_Innen, die Überwachung und Dokumentation von Fällen sexueller Gewalt in Konflikten zu verbessern, ohne Vergeltung fürchten zu müssen und Überlebende darin zu bestärken, die Justiz aufzusuchen." Diese Verpflichtung muss auch zu einer verbesserten Situation für Menschenrechtsaktivistinnen im östlichen Kongo führen.

Amnesty – Forderungen an die D.R. Kongo

Überall auf der Welt werden Frauen Überlebende von sexueller Gewalt als Folge von Militarismus und bewaffneten Konflikten. AktivistInnen überall rufen die Regierungen der Welt dazu auf, Maßnahmen gegen die Menschenrechtsverletzungen an Frauen in militarisierten Zonen zu ergreifen, und erklären den

29. November 2013 zum „International Women Human Rights Defender Day“. Amnesty International steht an der Seite der Frauen in kongolesischen Menschenrechtsorganisationen und fordert von der Regierung der D.R. Kongo:

- wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Einschüchterung und Verhaftung von Menschenrechtsverteidigern und Menschenrechtsverteidigerinnen, zu ergreifen.
- Überlebenden von sexualisierter Gewalt und Vergewaltigungen Zugang zu direkten und effektiven Maßnahmen zur physischen und psychischen Verarbeitung ihrer Verletzungen bereitzustellen.
- die Strafverfolgung gegen die Verantwortlichen für die sexualisierte Gewalt in Minova im November 2012 ohne Verzögerung in fairen Ermittlungen und Gerichtsverfahren voranzutreiben.
- das staatliche Engagement im Umgang mit Menschenrechtsverteidigerinnen zu erhöhen und öffentlich die Rolle dieser Frauen als Verbündete gegen sexualisierte Gewalt in Regionen mit bewaffneten Konflikten anzuerkennen.
- sicherzustellen dass staatliche Initiativen, die Menschenrechtsverteidiger_innen unterstützen, wie z.B. die Nationale Menschenrechtskommission, umgesetzt und in der gesamten D.R. Kongo implementiert werden.

Ziele der Aktionen

- Internationale Solidarität zu zeigen im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen, besonders im Kontext von Militarismus und sexueller Gewalt.
- Hervorheben der Gewalt gegen Menschenrechtsverteidigerinnen im Kontext von Militarismus und sexueller Gewalt und Aufruf zum Ende dieser Gewalt.
- Erhöhung der Mitgliedschaft und der Zahl der Unterstützer_innen zu diesem Thema.

Mögliche Strategien

1. Solidaritätsaktion mit zahlreichen Organisationen von Menschenrechtsaktivistinnen im östlichen Kongo

Senden von Nachrichten der Solidarität, Hoffnung und Anerkennung an die Menschenrechtsorganisationen von Menschenrechtsaktivistinnen im östlichen Kongo als Unterstützung.

16 days of activism against gender violence 2013

Die Nachrichten bitte an drcsolidarityaction@gmail.com senden. Dort werden sie gesammelt und am Ende der Aktion an die entsprechenden Organisationen in der D.R. Kongo gesandt.

2. Brief an Regierung: Brief schreiben an die zuständige Ministerin Geneviève INAGOSI

Brief-Aktion an das Büro der zuständigen Ministerin in Kinshasa.

Briefvorlagen in englisch und französisch anbei.

3. Petition mit Amnesty-Forderungen zu Menschenrechtsaktivistinnen

Unterschriftensammlung für eine Petition mit den Forderungen vom Amnesty, die später der Botschafterin der D.R. Kongo in Deutschland übergeben wird.